

---

## VERFASSUNG DER EUROPÄISCHEN UNION: DIE ZIVILGESELLSCHAFT MACHT MOBIL

---

(cs) Das Projekt einer Verfassung der Europäischen Union geht in die entscheidende Phase. Laut Plan hätte sich die Regierungskonferenz am 12./13. Dezember in Brüssel über den Text einigen müssen. Es kam anders. Einige Länder, allen voran das Beitrittsland Polen, stellten sich bis zuletzt quer. Hauptstolperstein war das Prinzip der künftigen Stimmengewichtung im Ministerrat, über das die 25 Staats- und Regierungschefs keine Einigung erzielen konnten. Der vorliegende Entwurf sieht die sogenannte doppelte Mehrheit vor: ein Beschluss gilt als akzeptiert, wenn mindestens 50 Prozent der EU-Länder zustimmen und die zustimmenden Länder 60 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Das verschlechtert die Position kleiner bevölkerungsärmerer Länder gegenüber den Bestimmungen des Vertrages von Nizza vom Dezember 2000. Trotz des Scheiterns hofft man noch, das Projekt einer europäischen Verfassung in absehbarer Zeit abschließen zu können.

Geplant war, dass die Regierungen am 9. Mai 2004 den Verfassungsvertrag unterzeichnen sollten, noch vor den Europawahlen im Juni. Dieser Termin erscheint vielen jetzt eher unrealistisch. Nach der Unterzeichnung muss die Verfassung in den einzelnen Ländern durch die Parlamente bzw. durch Volksabstimmungen - letzteres wahrscheinlich in mindestens einem Dutzend EU-Ländern - bestätigt werden. In Deutschland haben sich zunächst alle anderen Fraktionen gegen einen Vorstoß der FDP gesperrt, ein Referendum abzuhalten. Dass laut Umfragen 74 Prozent der Deutschen über das EU-Grundgesetz abstimmen wollen, beeindruckte sie dabei nicht. Außenminister Joschka Fischer begründete seine Ablehnung gar mit der „historischen Bedeutung“ der Entscheidung - demokratietheoretisch höchst „originell“: je unwichtiger die Themen, um so mehr darf das Volk mitreden. Inzwischen hat sich jedoch der Parteitag der Grünen für eine Volksabstimmung ausgesprochen und damit die Diskussion wieder in Gang gebracht. Spätestens jetzt müsste die Koalition ihre Entscheidung revidieren, zumal auch in der SPD-Fraktion die Befürworter eines Referendums zahlreich sind. Gerald Häfner, Mitautor der Vorschläge der Initiative Netzwerk Dreigliederung zum Verfassungsvertrag, kündigte als Vorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V. für die kommenden Wochen Aktionen für einen Volksentscheid an. „Europa nicht ohne Bürger“, lautet das Motto.

Für den Fall eines endgültigen Scheiterns der Verfassungsverhandlungen ist nach den Worten von Kanzler Schröder mit einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu rechnen, d.h. dass sich ähnlich wie schon beim Euro ein Kerneuropa zusammenschließt und die Integration rascher vorantreibt als der Rest der Länder.

Das gegenwärtige Gerangel über die Machtverteilung im neuen Europa lenkt eher von den schwerwiegenden Mängeln des Verfassungsentwurfs ab, der in entscheidenden Fragen die Weichen falsch stellt. So wird die EU z.B. in Art. III/217 noch stärker auf die entwicklungsfeindliche Freihandelspolitik der Welthandelsorganisation WTO festgelegt. Insgesamt tritt eine Absenkung des Grundrechtsniveaus gegenüber dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein: die fehlende Sozialbindung des Eigentums ist hierfür nur ein Beispiel. Daher gibt es gegen die Unterzeichnung des Vertragswerks schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken. Das Scheitern von Konferenzen und das Nein bei Abstimmungen bedeutet wichtigen Zeitgewinn für Bemühungen, die skizzierten Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Erfreulicherweise haben sich jetzt relevante Teile der Zivilgesellschaft des Themas angenommen. Schon seit Beginn der Debatte über die Verfassung hatte sich die Demokratiebewegung stark engagiert, vor allem mit der Forderung, dass über eine europäische Verfassung Referenden in allen Ländern stattzufinden hätten. Inzwischen ist auch die sogenannte globalisierungskritische Bewegung aktiver geworden und hat sich mehr als in der Vergangenheit auch auf die Diskussion der Verfassungsinhalte im einzelnen eingelassen. Auf dem europäischen Sozialforum wurde das Thema behandelt, Attac Deutschland macht es zu einem Arbeitsschwerpunkt. Es hat sich eine EU-AG gebildet, die bereits wichtige Informationsmaterialien erstellt hat.<sup>1</sup> In Stuttgart hat sich eine örtliche Attac-AG gebildet und zu einem Seminar am 20. Dezember eingeladen.

Im Einladungstext heißt es: „Jetzt ist es endgültig Zeit, sich einzumischen und den Forderungen der Zivilgesellschaft Nachdruck zu verleihen. Alle, die sich in einer entsprechenden Kampagne engagieren wollen, laden wir herzlich ein zu einem Seminar, bei dem wir die dafür notwendigen Informationen und Argumente bündeln wollen. Was ist der geschichtliche Hintergrund für die geplante EU-Verfassung? Inwieweit nimmt die EU mit der geplanten Verfassung Kurs darauf, eine weltweit agierende Militärmacht zu werden? [...] Diese Fragen werden wir u.a. mit Christoph Strawe, Adolf Riekenberg und Eric Wesselius diskutieren (Erik Wesselius kommt aus Amsterdam und gehört dem Corporate Europe Observatory - CEO - an, einer Gruppe, die seit Jahren die Politik der EU und der Lobbyisten in Brüssel beobachtet und analysiert.)“ „Wie können wir unsere Interessen wahrnehmen und etwas gegen das wachsende Informations- und Demokratiedefizit tun? Wie können wir eine wachsende Militarisierung und eine Zementierung neoliberaler Wirtschaftspolitik in Europa verhindern? Das sind Fragen, auf die wir miteinander Antworten suchen und finden wollen.“

---

## **JA ZU EINEM EUROPA DER FREIHEIT, DEMOKRATIE UND SOZIALEN GERECHTIGKEIT!**

---

### ***NEIN zu einer Verfassung der Europäischen Union ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger!***

Das ist die Überschrift eines Aufrufs, unter den jetzt in Stuttgart Unterschriften gesammelt werden sollen. Der Aufruf tritt ein

- für die Erweiterung der Grundrechte des einzelnen Menschen, gegen jede Absenkung des Grundrechtsniveaus;
- für mehr Demokratie durch direkte Bürgerentscheide und die Stärkung der kommunalen, regionalen und nationalen Parlamente, - gegen Zentralismus und bürokratische Reglementierungswut;
- für die Stärkung der sozialen Rechte, - gegen Kommerzialisierung öffentlicher Güter wie Wasser, Gesundheit und Bildung;
- für die Solidarität von Nord und Süd, - gegen eine entwicklungsfeindliche Freihandelspolitik;
- für ein Europa, das den Krieg verweigert, - gegen eine Militarisierung und Machtpolitik der EU.

Solange eine europäische Verfassung nicht konsequent an diesen Forderungen orientiert sei, könne man zu ihr nur Nein sagen. Die Bundesregierung dürfe die Verfassung so nicht unterzeichnen. Gefordert wird eine breite Diskussion und eine Volksabstimmung.